

Rede zum 25-jährigen Jubiläum des 4. Oktober 1989, am 4. Oktober 2014 in Babelsberg, Ulrike Poppe

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren,

Jahrestage bieten Anlass, historische Ereignisse im Lichte der Gegenwart zu reflektieren, sie vor dem Hintergrund der darauffolgenden Entwicklungen zu beurteilen und einzuordnen. Sie ermöglichen uns, innezuhalten in einer schnelllebigen Zeit, um uns zu verorten, zwischen dem, was wir als Vergangenheit und erwartbarer Zukunft konstruieren. Für die Demokratie ist das ein notwendiger, ja unverzichtbarer, kommunikativer Prozess der Orientierung, um sich über zentrale Werte und Normen zu verständigen. Dies geschieht in einem pluralen, öffentlichen Diskurs, der die Meinung- und Informationsfreiheit – ja, der die Grundrechte voraussetzt – Diese waren Kernstück der Forderungen im Herbst 1989.

Hier in Potsdam, wie an hunderten von Orten in der DDR, kamen die Menschen zusammen, die sich über die Selbstherrlichkeit und Arroganz der derzeitigen Machthaber empörten und ihre eigenen Vorstellungen von einer anderen Politik durchzusetzen entschlossen waren. Im Vergleich zum Süden der DDR war es in Brandenburg relativ ruhig geblieben. In Dresden kam es Anfang Oktober wegen der mit Prager-Botschaftsflüchtlingen besetzten durchreisenden Züge zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. In Leipzig versammelten sich jeden Montag zehntausende Demonstranten, in Plauen, Magdeburg und Karl-Marx-Stadt, trauten sich immer mehr Menschen auf die Straße, um ihren Unmut zu bekunden.

In Potsdam wurde heute, am 4. Oktober vor 25 Jahren, die Gründung des Neuen Forums für diese Region zur Initialzündung. Aber auch diese erste große Massenversammlung hatte ihre Vorgeschichte. Aufgerufen hatte die Gruppe „Kontakte“, die bereits 1987 gegründet wurde. In den drei Bezirken des heutigen Landes Brandenburg gab es vergleichsweise wenige oppositionelle Gruppierungen. Doch angesichts der mehr als 300 000 hier stationierten Sowjetsoldaten zeugte jede noch so kleine Protestaktion von der wachsenden Zivilcourage unter der Bevölkerung. Brandenburger beteiligten sich an der Aufdeckung der Wahlfälschung im Mai, Studenten der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindediakonie und Sozialarbeit trauerten öffentlich um die Opfer des Massakers auf dem Tiananmen-Platz, auf Initiative der Gruppe »tierra unida« wurde in der Erlöserkirche für die Toten in Peking Tag und Nacht getrommelt. Das Massaker in China wurde zum Damoklesschwert, das über den Straßen und Plätzen der DDR schwebte.

Am 4. Oktober konnte noch niemand wissen, wie es weitergeht. Wird die Staatsmacht zugeschlagen? Werden die sowjetischen Truppen ausrücken? Gewiss, mit Gorbatschow verbunden viele die Hoffnung, dass Moskau dieses Mal seine Panzer zurückhält, zumal sich im gesamten Ostblock ein Beben abzeichnete. Fünf Tage später kam es zur entscheidenden Zäsur.

Die SED-Führung kapitulierte vor den mehr als 70 000 Menschen, die mit Kerzen in den Händen und Aufrufen zur Friedfertigkeit auf den Straßen in Leipzig ihre Selbstbestimmung einforderten. Später wurde lange Zeit gestritten, ob das überhaupt eine Revolution war. Es wurde keine Bastille und kein Winterpalais gestürmt. Von der Protestbewegung ging keine Gewalt aus. Dafür aber loderte der Protest in Hunderten von kleinen, mittleren und großen Orten der Republik. Und das war die beste Voraussetzung für den friedlichen Übergang in demokratische Verhältnisse. Demokratie lässt sich nicht mit Waffengewalt erzwingen, sie bedarf des entschlossenen Willens breiter Teile der Bevölkerung. Deshalb gab es auch keine Revolutionshelden, keine zentrale Führungsmacht des Aufstands, keinen zentralen Ort, nur viele kleine Brandherde, die sich zum Flächenbrand ausweiteten, viele lokale Akteure, ein breites Spektrum an Gruppierungen. Sie einte der Wille, die Allmacht der Partei zu brechen und eine Volksherrschaft zu errichten, die mit rechtsverbindlichen Grundfreiheiten für die Bürger ausgestattet ist. Und noch etwas war eine entscheidende Voraussetzung, dass der friedliche Umbruch gelang: Die verschiedenen Reformkräfte akzeptierten einander in den unterschiedlichen Vorstellungen über die Gestaltung der zukünftigen Ordnung und zerfleischten sich nicht vorzeitig in einem Machtkampf. Es ging um Schaffung der Voraussetzungen für einen demokratischen und rechtsstaatlich abgesicherten Interessenausgleich. Es war kein Kampf um die Macht, sondern um die Freiheit, die politische Macht durch das Volk zu verleihen.

Der Zentrale Runde Tisch und die vielen lokalen und thematischen Runden Tische in den Regionen sind Ausdruck des Bemühens, zwischen divergieren Auffassungen einen Ausgleich und damit politische Lösungen zu finden, die möglichst vielen gerecht werden. War es nun eine Revolution oder nur der Zusammenbruch eines bankrotten Staates und das Aushandeln einer möglichst schmerzarmen Voraussetzung für die schnelle Wiedervereinigung? Die Antwort findet sich, wenn wir unseren Blick über die nationale Grenze hin ausweiten. In allen Ländern des Ostblocks erhob sich die Bevölkerung gegen die kommunistische Diktatur, die Zeit war reif, und was in der DDR geschah, war Teil einer ostmitteleuropäischen Revolution und wäre ohne diese auch nicht möglich gewesen.

Auf die Umbruchphase folgen die Mühen der Transformation. In der Enquete-Kommission des brandenburgischen Landtags wurde vier Jahre lang dieser über 20-jährige Prozess in unserem Bundesland analysiert und diskutiert. Über unterschiedliche Bewertungen wurde miteinander heftig gestritten und nach einer Einigung darüber gesucht, was gelungen ist und wo es noch politischen Handlungsbedarf gibt. Die Auseinandersetzungen in dieser Kommission haben gezeigt, wie sehr die Beurteilung der Vergangenheit von den gegenwärtigen politischen Interessenlagen abhängt. Sie hat aber auch gezeigt, wie notwendig eine Verständigung darüber ist, um in der aktuellen Politik zu tragfähigen und sinnvollen Kompromissen zu kommen.

Ein wichtiges Themenfeld war der Umgang mit den Opfern der SED-Diktatur. Die materiellen Hinterlassenschaften von 40 Jahren DDR sind heute weitgehend beseitigt, aber noch nicht alle Wunden sind verheilt. Die öffentliche Erinnerung an die Diktatur sollte diejenigen mit einschließen, die sich gegen das System gewandt haben und noch heute an den Repressionsfolgen leiden. Viele von ihnen sind Wegebereiter für die Überwindung des sogenannten realsozialistischen Systems. Auch wenn ihr Verhalten nicht unmittelbar zu einem erkennbaren gesellschaftsverändernden Effekt führte, so haben sie doch mit ihrer Verweigerung, mit ihrem Protest, vielleicht auch einfach mit ihrem Ausreiseantrag, ein Zeichen gesetzt und vielleicht andere wiederum ermutigt, einen Schritt weiter zu gehen. Sie haben signalisiert, „Ich bin nicht für dieses System verfügbar.“ Sie haben Verhaltensspielräume aufgezeigt und zur Auseinandersetzung angeregt. Sie haben ein Beispiel gegeben. Man musste nicht mitmachen. Man konnte NEIN sagen. Sie haben dazu beigetragen, dass die Sehnsucht nach Freiheit und ein Bewusstsein von Recht und Würde sich erhalten konnten, trotz Propaganda und Bedrohung.

Meine Damen und Herren, anders als von vielen erwartet, ist die Welt nach der Revolution nicht friedlicher geworden. Auch ist die heutige Bundesrepublik Deutschland kein Eldorado der Gerechtigkeit. Auch wenn die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen oberster Verfassungsgrundsatz ist, so gibt es doch Verletzungen der Würde, wie jüngst in Flüchtlingswohnheimen. Aber, im Unterschied zu einer Diktatur können Menschenrechtsverletzungen öffentlich gemacht werden, kann die Politik dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Und das bedarf einer wachen, menschenrechtsbewussten Öffentlichkeit, die die Politik in die Pflicht nimmt, die Unrecht nicht duldet, die sich einmischt. Hier ist jeder Einzelne von uns gefordert.

Ich wünsche mir, dass der Rückblick auf die bewegenden Zeiten des Aufbruchs manch einen ermutigt, die erkämpften demokratischen Möglichkeiten noch besser zu nutzen, um ein sozial gerechtes Gemeinwesen mitzugestalten. Und jetzt freue ich mich auf die Gespräche mit denjenigen, die damals hier den Aufbruch wagten.